

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdrucker 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat. Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag o.G.m.b.H.“ Breslau. Berufsrech-Anschluß: Ring Nr. 6857.

Sonntag, 13. November 1921

Anzeigenpreise: Die halbkundige Mittelzeile oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Reklame: Die Mittelzeile, halbkundig oder deren Raum im Text 2.- M.

Der Raubplan der Schwerindustriellen

Die Eisenbahnen sollen in Privatbetrieb überführt, tausende von Eisenbahnern und Postangestellten entlassen werden. Das Großkapital soll von jeglichen Steuern freibleiben.

TU. Berlin, 10. November.

In Ausführung der seitens des Reichsverbandes der deutschen Industrie wegen der Kreditaktion abgegebenen Erklärungen, insbesondere in Ausführung der wiederholt und zuletzt im Anschluß an die Beschlüsse der Münchener Tagung vom 28. September 1921 betonten Notwendigkeit sparsamer Finanzwirtschaft und Ordnung des Staats ist heute dem Reichsanwalt seitens der Abordnung der zur Fortführung der Beratungen eingeleiteten Kommission folgendes erklärt worden:

„Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln, kommen zunächst die der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftlichen Formen zu bringen.“

Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet.

Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu geeigneter Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß.

Reinwirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person verzinsen und das gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird.

Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung nach, noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nutzung finden, kann nach Aufhebung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Eingriffen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer irdischen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insofern der Artikel 248 des Friedensvertrages Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragspartnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum eines anderweitigen Lösung zuzuführen.

Auf diesen Grundlagen wird die Industrie in Verhandlungen mit den deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Herabsetzung des Londoner Ultimatus sich nicht schon aus den vorher angebotenen Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches, sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angeschlossenen Konzernorganisationen der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen.

Die Durchführung dieser Kreditaktion, einschließlich der Verhandlungen mit den ausländischen Kreditgebern, kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Beschäftigungen herausarbeiten will, die Volksgesamtheit, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diesen fest freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarenden Weise entsprechende Entlastung gewähren.

Die Bedingungen, die von den deutschen Industriellen gestellt werden, lassen diesmal an Klarheit nichts zu wünschen übrig.

Entlastung der Eisenbahnen, ihre Überführung in „privatwirtschaftliche Formen“, der Verkauf der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche Person — das ist die erste Voraussetzung für die Gewährung eines Kredites.

Damit nicht genug, gehen die Industriellen weiter. Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, muß unverzüglich durchgeführt werden. Das heißt, daß Tausende von Eisenbahnern und Postbeamten auf das Pflaster gemorfen werden.

Erst wenn diese Voraussetzungen gesichert sind, will Stinnes an Verhandlungen herangehen. Aber, erklärt er gleich, „die Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern können nur ausschließlich unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.“ Und als Entgelt für die Kreditaktion wird Miß und Not angegeben. „Entsprechende Entlastung in vereinbarter Weise“ derer, die „diesem fest freiwillig übernommenen Kredit“ dem Staate zur Verfügung stellen.

Die Pläne der Industrie sind enthüllt. Offen und abweislich sprechen sie aus, was früher nur angedeutet wurde. Überführung des ganzen Staates, politisch wie wirtschaftlich, in die Hände von Stinnes — das ist die Voraussetzung für die Kreditaktion. Einen Kredit übrigens, von dem niemand weiß, wie hoch er ist und wann er gewährt wird.

Für die Arbeiterklasse ist durch die Erklärung des Reichsverbandes klare Bahn erschaffen. Das deutsche Proletariat weiß jetzt, woran es ist. Es geht um die eindeutige Frage: Stinnes oder das Proletariat. Entweder der arme Staatsbankrott wird Stinnes ausgeliefert oder das Proletariat setzt sich zur Wehr, zwingt seine politischen Parteien und Gewerkschaften, sich entgegenzustellen den Anschlägen der Industrie.

Die SPD, USV. und Gewerkschaften müssen jetzt offen und eindeutig erklären, was sie gegen diesen Angriff der Industrie tun wollen. Die heute vorliegende Erklärung der Gewerkschaften sagt nichts darüber, ob und was die Gewerkschaften gegen diese Anschläge unternehmen wollen. Dem geschlossenen Bürgertum muß sich die zummergeschweigte Arbeiterklasse entgegenstellen. Die Ausländerung der deutschen Wirtschaft, die Entlassung Tausender von Arbeitern muß verhindert werden!

Gegen die Sinnestäuerung der Eisenbahnen

WTB. Berlin, 10. November.

Heute waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter sowie Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entlastung der Reichsbahnen zu erörtern. Sämtliche Organisationen und die Betriebsvertretungen sprachen sich mit großer Schärfe gegen jede Veränderung in der Betriebsform der Reichsbahnen aus. Sie überreichten dem Verkehrsminister folgende Entschließung mit der Bitte, sie unverzüglich zur Kenntnis der Reichsregierung zu bringen:

Die heute im großen Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofes versammelten bevollmächtigten Vertreter sämtlicher Großorganisationen des Eisenbahnpersonals sind sich darüber einig, daß die deutschen Reichsbahnen nur in der Form des unmittelbaren Betriebes durch das Reich die Gewähr für eine richtige Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe bieten können. Sie lehnen deshalb aus volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung der Reichsbahnen in jeder Form ab und erklären, daß sie den Bestrebungen auf Entlastung der Bahnen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten und in dieser Lebensfrage der deutschen Eisenbahner auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückzutreten werden. Dem Herrn Reichsverkehrsminister wird erwartet, daß er seinerseits mit allen Kräften den Versuch machen wird, die Privatisierung der Bahnen zu verhindern.

Die Gewerkschaften und die Kreditaktion

Wie die VPR von zuständiger Stelle erfahren, haben die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angehörigenbundes folgende Entschließung gefaßt:

„Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angehörigenbundes lehnen

in den Beschlüssen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Proskription der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer müssen an die steuerlichen Vorkehrungen Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entschädigung und materieller Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen müssen. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zur Gunst des Unternehmers, die in letzter Linie eine Einschränkung, wenn nicht Beseitigung des Mitspracherechts der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entlastung der Eisenbahn- und sonstigen Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Achtstundentages bedeuten. Der Wortlaut der Entschließung läßt erkennen, daß allgemein mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich und damit die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unerträgliche Abhängigkeit von den Unternehmern gebracht werden sollen. Die Kreditaktion der Industrie, die man anfangs als eine nationale Tat angekündigt hat, und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Beschlüsse des Reichsverbandes der deutschen Industrie als ein neues Machsinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.“

Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.“

Kabinettsrat über die „Kreditaktion“

Die „B. Z.“ meldet: Reichsanwalt Dr. Wich, der gestern durch den Sprecher des Reichsverbandes der Industrie, Dr. Sorge, die Bedingungen der Großindustrie für eine Reparationskreditaktion entgegengenommen hat, verließ für heute vormittag eine Sitzung des Kabinettsrats, in der die Forderungen und Angebote der Industrie analysiert durchgesprochen und die Sitzungsprotokolle der Reichsregierung dazu festgelegt werden wird. Der Kabinettsrat hat heute vormittag um 11 Uhr begonnen, die Beratungen werden geraume Zeit beanspruchen.

Kapitalistische Geständnisse.

Arbeiter, zieht die Schlüsse!

(E.C.) Paris, 9. November.

Der „Newyork Herald“ meldet, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen Vorschuß von 100—200 Millionen Goldmark auf die am 15. Januar fälligen Zahlungen fordern werde. Das Blatt ist überzeugt, daß Deutschland instande sei, diesen Vorschuß zu bezahlen.

Die Reparationskommission ist da. Sie will dem deutschen Schuldner den Puls fühlen. Sie will vor allem die Sabotage des Großkapitals an den Wiedergutmachungszahlungen nachprüfen. Und sie will den Schuldner zur Aber lassen. Es ist kein Zufall, daß die Meldung darüber, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen Vorschuß von 100 bis 200 Millionen Goldmark auf die am 15. Januar fälligen Zahlungen verlangt, gerade über New-York kommt. Deutschland soll die Kosten für die amerikanisch-englische Freundschaft tragen. Für die Arbeiterklasse handelt es sich darum, ob die schwerreichen Industriekönige und Finanzkönige sich noch weiter sollen drücken können, oder ob wieder das wertvolle Volk bluten soll. Die Konfiskation der kapitalistischen Sachwerte durch Beteiligung des Staates unter strenger Betriebs- und Steuerkontrolle der Arbeiterklasse tut aber keinen Aufschub mehr. Die Regierung hat diese Forderung aufzugeben. Die Sozialdemokraten in der Regierung finden sich damit ab. Die proletarischen Massen müssen sie schleunigst erzwingen. Der Gläubiger steht vor der Tür.

Die deutsche bürgerliche Presse bringt allerlei Lügennachrichten, als ob die Entente darauf dränge, daß Beamteneinstellungen zurückgestellt werden sollen, bis die Entente bereit ist. Das ist ruchloser Schwindel. Das Gegenteil ist richtig. Die Entente weiß sehr genau, daß die Stinnes & Co. sich inkonsequent brüden. Sie hat nicht das mindeste Interesse daran, daß sie gesont werden.

Die Reparationskommission wird Besprechungen mit deutschen Industriellen, Politikern, Finanzleuten usw. abhalten. Es ist notwendig, daß die Stimme der Massen zu Gehör kommt, nicht nur vor der Reparationskommission, sondern vor dem Proletariat der Ententeländer.

Unter dem Motto der Ententegläubiger beunruhigt sich die bürgerliche Presse zu allerlei Geständnissen, die für die deutschen Arbeiter von Interesse sind.

So kommt das „Berliner Tageblatt“ in seiner gestrigen Abendnummer zu folgenden Geständnissen:

1. Der wirtschaftliche und soziale Zusammenbruch kann aber, wenn das kemunismus so weiter geht, nicht ausbleiben, wenn wir mit unserem völlig entwerteten Geld nicht mehr die Rohstoffe und Lebensmittel, die wir unbedingt brauchen, zahlen können. Dann schreitet das Hungergeheiß, das in Rußland Millionen von Menschen hinstreckt, auch über die deutschen Grenzen. Nur eine ganz dünne proletarische Oberschicht verdient in diesem Katastrophenzustand, während die konsumierenden Kreise, also die Massen des Volkes, um das Existenzminimum ringen.

2. Die Hoffnung, daß das Ausland hilft, ist trügerisch. Das Blatt fordert „mögliche beschleunigte Verabschiedung der Steuererträge, die, je länger ihr Inkrafttreten hinausgeschoben wird, mehr und mehr an Wert verlieren“. Steuerliche Erträge der Spekulation und Kapitalgewinne, besonders die Währungssteuer, um dem Währungsverfall vorzubeugen, Kontrolle und Ausbarmachung der Auslandsguthaben und „Erfassung der Sachwerte“.

3. Die abrozentine Einkommensteuer auf die Lohn- und Gehaltseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden genau, vollständig und sofort erhoben. Die direkten Steuern auf die Besitzenden, insbesondere die Körperschaftsteuer schrumpft auf ein Minimum zusammen durch Bilanzberichtigungen. Die Veranlagung ist noch im Rückstand. Weite besitzende Kreise haben noch nicht einmal die Steuern für 1920 entrichtet.

4. Die industrielle „Kredithilfe“ wird von der Industrie zur Errettung einer industriellen „Republik“ ausgenutzt. (Nach der neuesten in letzter Meldung sind die Behauptungen der Schwerindustrie die wirtschaftliche und politische Haupt herrschaft, die vom Reich durch die Gewährung einer höchst zweifelhaften „Kredithilfe“ erpreßt werden soll.)

5. Die Kredithilfe ist kein Ersatz für die Erfassung der Sachwerte. In 5—6 Monaten würden wir genau an derselben Stelle stehen.

Der „Berliner Börsen-Courier“ muß geschlossen:

„Der relativ kleinen Schaar der augenblicklichen Ruinierter dieses trügerisch aufgeblähten Zustandes steht die übergroße Zahl der — ebenfalls Verbraucher (der Arbeiter und Kleinbürger) gegenüber.“

Es ist eine der verhängnisvollsten Begleiterscheinungen unserer zunehmenden Geldentwertung, daß sie die Möglichkeit der Überverteilung ins Maßlose reizt und Verbuch der „ein zu erhöhten Klassenkämpfen, zu vermehrter Prole-

tracht und zu kommenden Bürgerkriegen in den Boden unferes geliebten Vaterlandes pflanzt. Zurückbar wird die Saat dieser Tränenjahre aufgehen; neben dem unauslöschlichen Nah gegen unsere Feindgenossen wird der Völkerverbund wie neubunte Orgeln leiten.

In einem Artikel mit der Überschrift "Die verblutende Wirtschaft" macht ein Dr. Erwin Steinhilber folgende Feststellungen:

1. Der Markt hat an die Stelle erhöhter Ausfuhr den forcierten zügellosen Ausverkauf gesetzt; er hat bewirkt, daß unsere Vorräte an Fertigwaren, aber auch an Halbfabrikaten und sogar zum Teil an Rohstoffen, wie Eisen vom Magnet, vom valutarischen Auslande angezogen werden, und daß durch die überwältigende Kaufkraft des Dollars, des Guldens, der nordischen Krone und des Franken ein Schwund unserer Warenbestände eingetreten ist, der uns für eine sehr nahe Zukunft mit bitterster Versorgungsnot bedroht.

2. Während also unser Vorrat an beweglichen Gütern sehr schnell ins Ausland abfließt, setzt die Zufuhr ausländischer Rohmaterialien völlig aus, die für einen immerhin sehr weiten Warenkreis die unentbehrliche Voraussetzung neuer Erzeugung darstellt. Die Palliativmittel, die bisher angewandt wurden, um den Ausverkauf zu verhindern, haben wenig genützt, und es besteht auch nicht allzuviel Aussicht, in einer im ganzen doch freien, kaum an irgendeiner Stelle in gemeinwirtschaftlichem Sinne organisierten Wirtschaft mit künstlichen, im Augenblick und für den Augenblick erfonnenen Maßnahmen, die in der Hauptsache nur bürokratisch durchgeführt werden können, die Anziehungskraft der so außerordentlich überwertig gewordenen Auslandswährung zu brechen.

Soweit die Geständnisse der kapitalistischen Presse. Sie bekämpfen vollkommen das, was die Arbeiterschaft täglich sieht: die wahnsinnige Bereicherung einer Handvoll Riesenkapitalisten, die Verelendung der Volksmassen, die Ausblutung der deutschen Wirtschaft. Die bürgerlichen Stimmen betonen die Dünne der kapitalistischen Oberschicht, die den größten Teil des zusammengeschrumpften Volkseinkommens an sich reißt. Sie vergessen, dem Frager darauf zu sagen, daß diese dünne Oberschicht die überwiegenden Reichtümer des Landes an sich gerafft hat. Die Schülisse, die das Proletariat aus dieser Lage und aus diesen Eingeständnissen ziehen muß, liegen auf der Hand:

Erstens: Wenn die "freie" Privatwirtschaft das Volk der Katastrophe zuführt, so muß das wertvolle Volk die durchgängige staatliche Kontrolle dieser Wirtschaft (der Anfuhr, der Preisbildung, der Produktion, des Handels usw.) unter unmittelbarer und ausschlaggebender Beteiligung der Kontrollorgane der wertvollen Massen (Betriebsräte usw.) erzwingen.

Zweitens: Wenn die breiten Massen auf Kosten der Schwereichen immer mehr verelendet werden, so ist es ein Verbrechen, den Volksmassen noch Steuern aufzulegen, sei es auf welchem steuerrechtlichen Wege auch immer, durch direkte, indirekte oder Verbrauchssteuer oder durch Einfuhrzölle auf notwendige Lebensmittel.

Dann kann es nur eins geben: Billige Steuerfreiheit aller Lohn- und Gehaltseinkommen, sowie der Arbeitseinkommen und -vermögen der Kleinbauern, Kleinhandwerker usw. Keinen Pfennig Steuern für die schwerreichen Steuerbrüder und Volksausbeuter. Aufbringung der Steuern ausschließlich von den Schwereichen, und zwar in erster Linie durch die Erfassung der Schwereichen durch Miteigentum des Staates an allen kapitalistischen Unternehmungen in einer Höhe, daß der demokratische Staat, unter strenger Kontrolle des Proletariats, den entscheidenden Einfluß hat.

Die Regierung hat dafür noch keinen Finger gerührt. Der Sozialdemokrat Braun außerhalb der Regierung hielt eine Anklage gegen den Finanzminister Vermeß, aber der sozialdemokratische Schatzmeister Robert Schmidt macht unangenehme die volkseindliche und vor dem Kapital demütig-bittende Steuerpolitik der Regierung mit.

Die Massen sollen überflüssig und überflüssig werden. Es ist höchste Zeit, daß sie sprechen und handeln!

Die nächsten Tage und Wochen müssen unsere Genossen den letzten Kampf daran setzen, um die breiten Massen gegen die Steuervorlagen der Regierung, gegen die Massenbelastung, für die Erfassung der Schwereichen zu mobilisieren.

Der Reichswirtschaftsrat über das Wiesbadener Abkommen.

Im Reichswirtschaftsrat wurde das Wiesbadener Abkommen von dem Reichswirtschaftsrat, der Vorsitzende dieses Abkommens, teilte sich an der Diskussion folgende Gesichtspunkte mit: Das Wiesbadener Abkommen ist ein gutes Geschäft für die deutsche Wirtschaft. Es gewährleistet der Industrie Selbstbestimmung auf lange Zeit, was besonders wertvoll ist, da hinter der augenblicklichen Konjunktur eine Krise droht. Die Kosten für die Aufhebung des Abkommens, nachdem die Sachverständigen bekanntlich nicht sofort auf das Revisionskonto anzurechnen werden, wären natürlich sehr hoch. Die Arbeiter tragen. Schöner ausgedrückt heißt das: Die Verantwortung muß der Regierung des inneren Staates durch die Schwächung der inneren Wirtschaft tragen. Das Geschäft ist gut, um so mehr, als die Arbeiter es bezahlen.

Rundgebungen der Münchener Arbeiterschaft.

WIB. München, 10. November.
Seit nachmittags um 3 Uhr veranstalteten zahlreiche sozialistische Vereinigungen München auf dem Königsplatz eine große Rundgebung mit dem Slogan "Die Arbeiter sind die Sieger". Diese Rundgebung sollte zugleich dem Arbeiter an die im Kriege Gefallenen gedenken. In der Feier sollten sich auf dem Königsplatz mit Fahnen und Musik rund 30000 Menschen versammeln, die sich auf den Truppen, Straßen und Plätze gruppierten. Es wurden an drei verschiedenen Stellen Reden gehalten. Vor dem Hauptplatz sprach der Bürgermeister und legte namens des Stadt einen großen Kranz nieder. Dem Kranz lag auch ein Buch mit dem Titel "Die Arbeiter sind die Sieger" bei. Die Feier wurde durch Lieber des Arbeiter-Sänger-Ensembles eingeleitet und beschlossen. Sie dauerte eine Stunde und verlief ohne Zwischenfälle.
Diese Rundgebung der Münchener Arbeiterschaft richtete sich

vor allem gegen die monarchistische Demonstration am letzten Sonntagabend. Die gesamte Münchener Arbeiterschaft war von den Trüben aus aufmarschiert.

Das Mannheimer Proletariat für die Benz-Arbeiter.

Mannheim, 10. November.
Die gesamte Arbeiterschaft Mannheims war durch Delegierte in der am 10. November stattgefundenen Betriebsversammlung von Benz u. Co. vertreten. Diese Delegierten erklärten, daß das gesamte Proletariat Mannheims sich hinter die ausgesperrten stelle. Außerdem nahm eine Funktionärsversammlung der Metallindustrie von Mannheim und Ludwigshafen zu der Aussperrung bei Benz Stellung. Trotz der Klaffe der Gewerkschaftsbürokratie wurde dort der einstimmige Beschluß gefaßt, die reißlose Wiedereröffnung aller Aussperrten zu fordern; im Falle der Ablehnung wird der Sympathiestreik im ganzen Industriegebiet erklärt.

Der Arbeiterrat von Benz u. Co. hat einen Aufruf an die Arbeiterschaft gerichtet, in dem es heißt:

Benz ist von den Industriellen vorgeführt. Nach Benz sollen die anderen Industriellen drankommen. Darum ist der Kampf bei Benz Euer aller Kampf.

Wie ist dieser Kampf nun zu führen? Arbeiter, Ihr seht auch am Beispiel von Benz, wie es die Industriellen mit der "Geschlichter" halten. Ihr Arbeiter sollt Euch aus Geseh halten, so sagen sie. Die Direktion aber bricht den Tarifvertrag, um das zu zeigen.

Verunglückter nationalistischer Kummel

Die Deutschen Werte vor dem Reichstag.

In der Reichstags-Sitzung vom Donnerstag stand zunächst die Interpellation der Demokraten über Padericherungen im Verkehr mit Deutschland, sowie die der Unabhängigen über den Schutz der freien Entwicklung der Kunst auf der Tagesordnung. Die Regierung erklärte sich bereit, sie in der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten. Hieran schloß sich die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Deutschen Werte. Die Reichstags-Delegationen erklärten, daß die Deutschen Werte, die die Reichsparteien mit dieser Frage treiben, Deutschland sei nun einmal mehr und mehr und müsse sich fügen. Es bleibe uns nur der Weg, immer wieder die Zumutungen der Entente und ihre Unmöglichkeit öffentlich klar zu legen und die Rückkehr der Vernunft und Selbstbestimmung bei den Entente-Staaten zu fördern.

Reichstagsminister Bauer beantwortet die Interpellation. Er führte allerlei Einzelheiten aus der Note des General Kollat an und würzte sie mit vielen nationalistischen Untertönen, die ihm bei den nationalistischen Hebern auf der Rechten des Hauses Beifall verschaffen sollte. Bei der Besprechung der Interpellation sprach vom Zentrum Erising in der üblichen halbbürgerlich-nationalistischen Art. Ihm folgte der deutschnationale Renommierarbeiter und Klassenverräter Sartwig, der den Anlaß benutzte, um nach dem Beispiet von Schwirich Radanationalismus zu mimieren. Dasselbe tat der ehemalige Admiral Frühinghaus für die Deutsche Volkspartei, obwohl er der letzte ist, der ein Recht hätte, über Gewaltverbrechen der anderen zu jammern. Der Novemberdemokrat Gothein propagierte die frühere Methode des Bundes der Landwirte: Schreien, Schreien und noch einmal Schreien! Der Unabhängige Brandes ist einberufen mit dem Verbot der Wortüberlieferung durch die Entente. Die Arbeiterschaft selbst wendete sich dagegen. Er setzte sich dann mit den deutschnationalen Hebern auseinander und nahm sich besonders den Herrn Frühinghaus vor, indem er dessen Panflettenhändler aus der Kriegszeit wieder an das Licht der Öffentlichkeit zerriß. Im Abwehr der unberechtigten Eingriffe der Entente-Kommission müsse an die Gewerkschaften der alliierten Länder abgetreten werden. Von der Vaterländischen Volkspartei sprach Abgeordneter Schirmer. Er propagierte die Aufhebung der Regierung, den Franzosen zu sagen: Bis hierher und nicht weiter!

Rede des Genossen Kalkbrenner.

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Kalkbrenner. Er führte aus: Die verhängnisvollen Maßnahmen der Entente bedrohen die Existenz von Arbeitern und Angehörigen in ihrer Existenz. Trotzdem

brachmanen wir mit aller Deutlichkeit das schändliche nationale Schicksal und die moralische Entwertung der Reichsparteien.

Denk gerade sie haben am wenigsten Anlaß, über Gewaltmaßnahmen der Entente zu jammern. Haben sie nicht während des Krieges

billig in Belgien ganze industrielle Anlagen abgebaut?

Sind nicht Tausende von Maschinen nach Deutschland verschleppt worden? Waren nicht 2 A im Westen Oberbayern ganze Betriebe mit belgischen Maschinen ausgerüstet? Und hat man nicht die Schmelzwerke für soeben getrieben.

Tausende von belgischen Arbeitern mit Gewalt von Belgien nach Deutschland zur Zwangsarbeit zu verschleppen?

Die schändliche Entwertung der deutschen Nationalisten ist ebenfalls nicht zu übersehen wie ihr angebliches warmes Herz für die durch die Eingriffe der Entente geschädigten Arbeiter. Wir haben deshalb den Delegierten der Reichstags-Delegation:

Halt auf diese Phantasien nicht hinaus!

Aber auch der Reichstagsminister Bauer hat kein Recht zu dieser hochtrabenden Sprache. Denn

keine Partei hat als Reichstagsminister die Deutschen Werte mit allen Mitteln verteidigt.

Ich erinnere daran, daß am 22. April 1919 durch ein Urteil von 20000 Arbeitern und Angehörigen der Reichstags-Delegation, die die Arbeiter der Reichstags-Delegation als Vorbereitung für die Durchführung der Friedensarbeit entlassen waren. Von den 20000 Arbeitern hat man ganze 1000 "überflüssig" ausgesperrt und wieder einmündig.

6000 Arbeiter haben auf dem Königsplatz. Das war nur, weil die Entente-Mitglieder und ihre Helfer die Arbeiter nicht kommen lassen wollten. Die Reichstags-Delegation

hat die Arbeiter nicht kommen lassen, sondern ein doppelt

gerade haben sie über die Entwertung der Reichstags-Delegation und nach außen hin betreiben sie nationalistische Stimmung. Die Lösung des "Schicksal", das Streit und Wut die Arbeiter der Reichstags-

gesten Arbeitern den Afford zurechtzuweisen, wirst die Arbeiter auf die Straße, ohne den Schlichtungsausschuß zu fragen. Lerni daraus, daß Ihr Euch im Kampf mit den Unternehmern nicht auf papierne Befehle und Verordnungen, sondern nur auf Eure eigene Kraft und Entschlossenheit verlassen dürft.

Der abgelehnte Antrag der SPD.

Der gesamte Reichstag einschließlich der Sozialdemokraten, beider Richtungen haben den reaktionären Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion niedergestimmt. Damit, merkt Euch dieses Verhalten!

Antrag Bark und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

a) Die Beamten der Besoldungsgruppen I bis VII sowie die Reichs- und Staatsarbeiter und Diakone mit einem Jahreseinkommen unter 30000 Mark erhalten eine einmalige Wirtschaftshilfe von 3000 Mark und 500 Mark für jedes Kind.

Die Auszahlung der Wirtschaftshilfe hat bis zum 15. November d. J. zu erfolgen.

b) Den Entwurf einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes - Nr. 2935 der Drucksachen - an den 23. Ausschuß zu überweisen mit der Maßgabe, zu den Beratungen des Gesetzes Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen als Sachverständige hinzuzuziehen.

c) Der 23. Ausschuß wird beauftragt, seine Arbeiten so zu beschleunigen, daß der neue Entwurf innerhalb acht Tagen dem Plenum des Reichstages zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird.

sehr erschwert haben, ist eine dumme Erfindung. Nicht Streiks und Wirren, sondern

die planmäßige Sabotage der reaktionären Weltleitungen mit ihren industriellen Interessenten-Hintermännern

haben die Umstellung erschwert. Und diese Sabotage hat der Entente erst die Möglichkeit des Eingreifens geliefert. Hätte man endgültig Abstand genommen von der Herstellung von Nordartikeln, so wäre ein Eingreifen unmöglich gewesen. Die Beweggründe für das Vorgehen der Entente liegen auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet. In erster Linie waren es die Kriegstreiberischen Tendenzen in Deutschland, insbesondere in Bayern,

das hysterische Geseh nach der Beherrschung des deutschen Volkes, die schändlichen nationalistischen Wünsche und Propagandakampagnen, an denen sich auch die Demokratische Partei beteiligte. Die wirtschaftlichen Gründe sind gegeben durch die inzwischen erfolgte

Berständigung des deutschen und des französischen Kapitals.

Dies zeigt sich deutlich beim Wiesbadener Abkommen. Ueber dieses haben unsere patenten Nationalisten nicht das gewöhnliche Indianergeheul angestimmt, sondern heimlich geschmunzelt. Mit dem Wiesbadener Abkommen hängen aufs engste zusammen die

Stimmereibefreiungen der Reichsbetriebe, Eisenbahnen usw.

Diese Beobachtungen haben außer uns auch Arbeiter und Angestellte gemacht. Ein Ingenieur sagte mir neulich folgendes:

"Vor einiger Zeit trat an mich der Unternehmer heran und sagte: Nichten Sie den Betrieb gut ein. Sorgen Sie dafür, daß die Löhne nicht zu hoch werden. Ich werde nachher die ganze Sache aufkaufen."

Auch dem "Vorwärts" dämmert allmählich ein Zusammenhang zwischen dem Stimmereibefreiungen und dem Vorgehen der Interalliierten Kommission. Uebrigens ist auch die gegenwärtige Fabrikation der Reichswerke nicht ganz einwandfrei. In Erfurt und in Havelhorst werden nach wie vor Jagd- und Sportwaffen und Munition hergestellt. Die Interalliierte Kommission hat sogar, was uns von der Regierung verschwiegen wird,

die Herstellung von Maschinengewehren und Maschinengewehrteilen festgestellt.

Außerdem blüht die Waffen- und Munitionsherstellung in Guhl, Erfurt, Magdeburg und Jülich in einer Weise, daß die Arbeiter sich dagegen wenden. Auf dem Verbandstag der Metallarbeiter in Jena wurde gefordert,

alle organisatorischen Machtmittel gegen die Herstellung von Waffen und Munition zur Anwendung zu bringen.

Denn es gibt im Deutschen Reich nicht soviel Eisen, als Jagdflinten hergestellt werden. Die Waffen dienen also zur Bewaffnung der deutschen Weisgardisten.

Es ist festgestellt, daß die Entente nur gegen die Werte und gegen die Teile der Werte einschreitet, die keine wirtschaftlichen Friedenswaren und Wirtschaftsgeräte herstellen. Gegen Lohm- und Waggonsbau, gegen die Produktion von Haus- und Wirtschaftsgeräten hat sie nichts einzuwenden gehabt. Die schändliche Haltung der Reaktion in Deutschland wird am besten illustriert durch die Tatsache, daß die

Reichsbehörden selbst die Deutschen Werte mit allen Mitteln sabotieren.

Trotz des himmelschreienden Waggonsmangels müssen die Lohm- und Waggonsarbeiten der Deutschen Werte um die Hälfte verlangsamt werden, weil das Privatkapital für sich die Profite der Reichsleistung entzieht. Trotz unzähliger Auforderungen hat die Reichsbehördenverwaltung den Deutschen Werken jeden Auftrag verweigert. Wir sagen den Arbeitern der Reichswerke:

Haltet Euch vor Euren falschen Fremden auf der rechten Seite des Hauses!

Die Unternehmer, Generaldirektoren und alten Scheinmitleidlichen sind immer ein bei den Arbeitern, wenn sie diese nationalistisch mißbrauchen wollen. Der parlamentarische Beirat des Reichstages, der durch Arbeitervertreter zu verstärken ist, sollte alle einzelnen Reichswerke in Verbindung mit den Gewerkschaften und dem Zentralbetriebsrat genau beaufsichtigen und für die reißlose Abwicklung der Ententebestrebungen Sorge tragen. Insbesondere müssen die Werke in Havelhorst und Havelhorst sofort reißlos auf Friedensarbeit umgestellt werden. Sind diese Voraussetzungen geschaffen, kann man die Entente klein geben. Nur ist es nicht, dann ist es Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, an die

Seite des internationalen, insbesondere des französischen Proletariats

zu appellieren. Nur so können die Schritte der deutschen wie der belgischen Kapitalisten, die beide gleich von niedrigen Profiten heranzieht sind, wirksam zurückgedrängt werden. Die Arbeiter der deutschen Werte werden bei der Wahrnehmung ihrer berechtigten Lebensinteressen auf die volle Unterstützung nicht nur des deutschen, sondern auch des französischen und des gesamten Weltproletariats rechnen können. (Beifall bei den Kommunisten.)

Das Programm der preussischen Stinnes-Regierung.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident der preussischen Stinnes-Regierung, Otto Braun, begann seine Programmrede mit sehr beweglichen Klagen über die Leistung Oberschlesiens, sehr lauten Protesten gegen die Politik der Entente, gegen die Lasten der Reparationen. Es ist nicht zufällig und sicherlich nicht ohne Absicht, daß an der Wiege der Stinneskoalition nationalistische Klänge erklingen.

Nicht nur wird dadurch vollends klar, daß die Regierung Braun nur ein Werkzeug der Stinnes und Ludendorff ist: denn bisher hat die Gegenrevolution immer mit Hilfe der nationalen Phrase zu herrschen versucht. Die Klagen gegen die Entente, die Betonung der Unmöglichkeit der Erfüllung der Reparationen, sollen dazu dienen, auch im Reich eine Stinneskoalition zu etablieren. Das Erfüllungskabinett Wirth soll unter dem Zeichen der Nichterfüllung von der großen Koalition abgelöst werden.

Daß der Sozialdemokrat ziemlich unbehelligt für die Stinnesregierung und also auch für die Stinnesische Steuerpolitik eintritt, zeigt, wohin der Weg führt, den die SPD. beschritten hat.

Dem gleichen Amed wie die Einleitung dient auch das eigentliche Regierungsprogramm, das Braun entwickelt hat. Oberbesser, es ist gar kein Regierungsprogramm, wie Braun selbst bemerkt. Denn die „allgemeinen Richtlinien“, die Braun vorbringt, bestehen in der Sache aus alten Forderungen der Stinnespartei, nur ab und zu notwendig überklebt mit ein paar sozialdemokratischen Etiketten. Es liegt auf der Hand, daß auch die größte Verkleisterungskunst hier kein einheitliches Programm schaffen konnte, es sei denn, daß die SPD. auch auf ihre Etikette verzichtete und offen ihre vollständige Abhängigkeit von Stinnes zugab.

So spricht Braun von der den Beamten „durch die Reichsüberfasserung gewährleisteten Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung“, davon, daß für die Anstellung von Beamten „fachliche Mäßigkeit und Erfahrung“ maßgebend sein soll. Alles reiner Stinnes: Freiheit der gegenrevolutionären Betätigung für die monarchistischen Beamten, Erhaltung der reaktionären „Fachleute“. Und Braun klebt schwächern die sozialdemokratische Etikette von der „Anerkennung der Verfassung“ an.

Ober Braun spricht von „Maßnahmen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben zu fördern und die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes reiflos einer unsere Volkswirtschaft befruchtende Düngung (lies Ausbeutung) zuzuführen“. Weiter muß Braun anerkennen, daß eine „intensive Wirtschaftstätigkeit“, d. h. im Sinne der Stinnes „schädliche soziale Bealeiterseinerungen“, auf deutlich die Verelendung der Arbeiter, nach sich ziehe. Soweit wieder reiner Stinnes. Die sozialdemokratische Etikette lautet: den Schanden muß durch „Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung“ entgegengewirkt werden.

Kein Wort von einer Reform der Klassenjustiz, die selbst Bürgerliche verlangen, kein Wort über den Kampf gegen die gegenrevolutionären Formationen. Wie sollte der Ministerpräsident von Stinnes Gnade auch?

Dafür aber selbste Braun nicht nur einen allgemein deutschen Chauvinismus, sondern einen spezifisch deutschen Patriotismus.

Wir wissen, was dieses spezifische Preukentum bedeutet. Noch immer ist das System der bundesstaatlichen Zersplitterung Deutschlands eine der stärksten Stützen der monarchistischen Reaktion. Preußen aber ist als der größte Bundesstaat der Sammelpunkt dieses ananen Systems. Der preussische Patriotismus Brauns ist die Ankündigung dessen, daß die neue Stinnesregierung das in Preußen fortsetzen will, was Rahr in Bayern begonnen hat.

Das, was die Arbeiterchaft zu diesem Regierungsprogramm und zu der Politik der Sozialdemokratie, die in dieser Regierung sitzt, zu sagen hat, hat der Genosse Meyer in seiner Landtagsrede ausgesprochen. Wenn die Sozialdemokratie Hand in Hand mit Stinnes gehen wird, so wird sie die Massen der Arbeiter, auch der eigenen Mitglieder, gegen sich finden. Wenn Otto Braun als Ziel der großen Koalition eine Einheitsfront aller derer, die „an den Wiederaufbau des Volkes glauben“, bezeichnet, so wird diese Front mit Stinnes auf den schärfsten Kampf seitens der wirklichen Einheitsfront des Wiederaufbaues, der proletarischen Einheitsfront stoßen.

Die Programmrede Braun.

Kein „ausführliches“ Regierungsprogramm, aber nationalistiche Phrasen.

Meine Damen und Herren! Sie werden von mir erwarten, daß ich Ihnen ein ausführliches Regierungsprogramm entwerde. Ich habe nicht den Ehrgeiz, den drei seit der Staatsumwälzung hier vorgefallenen Regierungsprogrammen ein vierdes zuzugesellen. Ich werde mich darauf beschränken, kurz die allgemeinen Richtlinien für die Politik des neuen Kabinetts anzudeuten.

Das neue Kabinett geht in schwerer Zeit an seine Arbeit. Die Faust des Siegers drückt mit unverminderter Wucht auf uns. Preußen wird am schwersten getroffen von den Auswirkungen des Friedensvertrages, der den unseligen Krieg formal beendet. Ich sage formell, weil zahlreiche Maßnahmen unserer ehemaligen Kriegsgegner nicht nur mit dem Vertrage von Versailles, sondern auch mit einem wahren Friedensbündnis nicht in Einklang zu bringen sind. Noch immer seufzen einige Städte über den Druck der rechtswidrigen militärischen Sanktionen.

Von den Reichsländern abgesehen, trifft der ganze Verlust an Land und Volk allein Preußen. Der schwerste Schlag aber ist Preußen, besonders seiner Wirtschaft, verleiht worden durch die Entschädigung über Oberschlesien. Ueber 700 Jahre ist Oberschlesien deutsches Land und verankerte seine hohe wirtschaftliche Blüte allein deutscher Intelligenz und deutscher Arbeit. Mit den obereschlesischen Brüdern bleiben wir im Geiste verbunden.

„Nichterfüllungspolitik“

In der deutschen Wirtschaft treten die unheilvollen Folgen dieses un-rechten mit dem Friedensvertrag nicht in Einklang stehenden Wirtschaftsvertrages bereits unverkennbar in Erscheinung. Das führt auch zu den größten Beschränkungen für unsere Staatsfinanzen, in denen sich ja letzten Endes der Stand unserer Wirtschaft widerspiegelt. Noch ist keine Deckung für den Zahlungsbilanz des laufenden Etats gefunden. Trotz aller Sparmaßnahmen, die auch weiter auf allen Gebieten der Verwaltung geübt werden soll, bringt doch jeder Tag neue Anforderungen (Zuruf: für die Volkswirtschaft), die, soweit sie unwiderrückbar sind, bestritten werden müssen.

Sollte es unter diesen Umständen gelingen, den Staatshaushalt zu balancieren, dann muß die öffentliche Kraft unseres

Volkes noch weiter angespannt und vor allem der Verstand nach Maßgabe der von der Reichsregierung den Ländern befallenen Besteuerungsmöglichkeiten in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden.

Für die Ausbeutungsläne des Großkapitals

Diese Einnahmequellen können aber nur ergiebig sein, wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Deshalb wird die Staatsregierung alle Maßnahmen unterstehen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben zu fördern und die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes reiflos einer unsere Volkswirtschaft befruchtenden Ausbeutung (Zuruf: Ausbeutung der Arbeiter!) zuzuführen. Den schädlichen sozialen Begleiterscheinungen einer intensiven Wirtschaftspolitik muß durch Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung entgegengewirkt werden.

Freie Betätigung für die reaktionären Beamten

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird es sein, die Beschäftigung zu sichern und zu festigen. Die zur Verwirklichung dieses Zieles und zur Demokratisierung der Verwaltung bestimmten Gesetze werden dem hohen Hause vorgelegt werden.

Auch die Beamtenschaft muß sich der Pflicht bewußt sein, in ihrem Amte die Verfassung mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen. Auch außerhalb des Amtes muß sie unbeschadet der durch die Reichsüberfasserung gewährleisteten Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung bei ihrem Verhalten stets der besonderen Pflicht eingedenk sein, die ihr gegenüber dem Staat und der Regierung obliegt. Inbes muß bei der Zulassung zu Staatsämtern die persönliche Eignung, sowie die fachliche Fähigkeit und Erfahrung in erster Linie maßgebend sein.

„Preukentum“

Für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes wird die Staatsregierung sich jederzeit einsetzen, inbes kann sie Bestrebungen auf Zersplitterung einzelner Gebiete auf die preussischen Staatsgebiete nicht unterstützen. Denn nur durch ein ungeteiltes und ungeschwächtes Preußen kann die Reichseinheit gewahrt werden. Da Preußen und das Reich aufeinander angewiesen sind, ist ein eng gezieltes Zusammenarbeiten der Regierung Preußens und des Reiches dringendes Gebot.

Der Charakter der großen Koalition.

Das treibende Motiv für die Schaffung der großen Koalition der vier Parteien, die das neue Kabinett stützen, war das Bestreben, mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preussische Politik zu bringen. Jede Partei muß dabei Opfer bringen. Das ist aber gleichwohl gelungen ist, die Arbeitergemeinschaft der vier Parteien in Preußen zu erreichen, ist ein Beweis dafür, daß innerhalb dieser Parteien aus der Erkenntnis der fruchtbarsten und ernststen Situation unseres Volkes heraus der Wille gewachsen ist, eine Einheitsfront (Zuruf: Gegen die Arbeiter!) aller derer zu bilden, die auch in dem Chaos dieser Zeit den jenseitigen Glauben an den Wiederaufstieg unseres Volkes nicht verloren haben.

Abg. Gausch (Soz.): Sie von dem Herrn Ministerpräsidenten vorgetragene Regierungserklärung findet die Billigung meiner Fraktion. (Zuruf: b. d. N.F.P.: Auch der 41?) Vor die Alternative gestellt, entweder mit der Volkspartei an der Regierung teilzunehmen oder die bürgerlichen Parteien weiterhin allein regieren zu lassen, entschieden wir uns für das erstere, nachdem ein Arbeitsprogramm vereinbart war, dessen Tendenz dem Geiste unserer Vorkämpfer Koalitionsbedingungen entsprach. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir hoffen, daß der Herr Ministerpräsident auf der gemeinsamen Bahn erfolgreich eine große Wegstrecke zurücklegen kann. Das ist möglich, wenn jede der beteiligten Parteien Verständnis für die politischen Notwendigkeiten der Zeit beibringt. Genuß des Parteikampfes. Fruchtbringende Gesetzesarbeit im Volksinteresse ist notwendig. (Bravo b. d. Soz.)

Abg. Herold (Ztr.) gibt, oft durch Zurufe unterbrochen, eine Erklärung ab, in der er bedauert, daß nicht Slegewald an der Spitze des erweiterten Koalitionskabinetts steht. Die Koalition war aber nur zu erreichen, wenn wir von der Person des Herrn Stegertwald Abstand nahmen. Wir brauchen aber eine starke Regierung, die die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung garantiert.

Abg. Dr. v. Krause (D.D.P.) (häufig durch Zwischenrufe unterbrochen): Die jetzige Koalition ist eine Arbeitergemeinschaft. Wir sind für diese Koalition, weil sie den Kampf der Parteien verhindert. Daß hierbei die einzelnen Parteien wichtige Forderungen zurückstellen müssen, ist selbstverständlich. Wir werden leben, wie die Arbeit des Ministeriums sich gestaltet. Wird sie richtig angepaßt, kann die Koalition den inneren Frieden herbeiführen.

Die Stellung der Kommunisten.

Genosse Ernst Meyer:

Die letzten Worte des Herrn Redners der Stinnes-Partei (Laden b. d. D.D.P.), in denen er mittelste, daß seine Partei einstimmig dem Regierungsprogramm, wie es von dem Herrn Ministerpräsident Braun hier vorgelegt worden ist, zustimmen wird, kennzeichnen den Charakter dieser Regierung. Wenn wir uns das Programm ansehen, das von dem Herrn Ministerpräsident Braun vorgetragen worden ist, so können allerdings auch wir sagen: das ist ein Programm, das die Zustimmung aller kapitalistischen Parteien finden kann. Es beginnt mit Sätzen, mit denen alle kapitalistisch-bürgerlichen Regierungen ihre Programmreden zu beginnen pflegen, nämlich mit nationalistischen Sätzen und mit Unwahrheiten. Wenn hier davon gesprochen wird, daß der Aufbau in Oberschlesien, daß die wirtschaftliche Blüte Oberschlesiens nur der deutschen Intelligenz und der deutschen Arbeit zu verdanken ist, so ist das eine Unwahrheit, denn obereschlesisch-polnische Arbeiter (Sehr richtig! b. d. Kommunisten. — Stürmische Zurufe b. d. Koalitionsparteien u. d. Unat. P.P.), Arbeiter polnischer Nationalität und polnischer Junge, haben jahrzehnte- und jahrhundertelang dazu beigetragen, daß die obereschlesische Industrie aufgebaut worden ist. Und wenn hier in nationalstimmigen Sinne davon gesprochen wird, daß der Raub Oberschlesiens eine wirtschaftliche Lahmlegung Deutschlands bedeute, so wird diese Unwahrheit dadurch gekennzeichnet, daß in den Tagen der Trennung Oberschlesiens von Deutschland die Kurse der obereschlesischen Papiere um Hunderte in die Höhe gingen.

Was hier zur Begründung für den Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei und der Rechtssozialisten vorgebracht worden ist, steht im offenen Widerspruch zu dem, was rechtssozialistische Arbeiter vor gar nicht langer Zeit selbst gesagt haben. In der „Chemnitzer Volksstimme“ hat es vor kurzem geheißen:

Kauf's Schürffe ist der Eintritt unserer Genossen in die preussische Regierung zu mißbilligen und zu bedauern. (Hört, hört! bei den Komm.) Das Experiment, das nun einmal auszufragen hat, muß trotz allem, was dagegen spricht, zu Ende geführt werden. Es wird ein halbes Jahr mit Schreden nehmen. (Hört, hört! bei den Komm.) Dann müssen die Parteigenossen im ganzen Reich unwiderrücklich fordern, daß nun ein Ende gemacht wird mit dieser Politik.

Wenn heute der Vertreter der rechtssozialistischen Partei sein Unbehagen mit dem Regierungsprogramm erklärt hat, fragen wir den Vertreter der rechtssozialistischen Partei: hat

er im Namen der 46 oder im Namen der 41, die sich gegen dieses Regierungsprogramm, gegen die Bildung einer Stinneskoalition gewandt haben, gesprochen? Der Vertreter des Zentrums hat erklärt, daß diese Regierung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ gebildet werden mußte, und daß die Zentrumspartei ihre Hand dazu geboten hat, eine „kräftige Regierung“ zu bilden. Diese beiden Worte des Herrn Abg. Herold kennzeichnen in der Tat den Charakter der Regierung: eine Regierung der Ruhe und Ordnung zur Wiederherstellung der Arbeiter in den schweren kommenden Monaten, der Versuch der Bildung einer kräftigen Regierung, — kräftig gegen die Arbeiter und lax und entgegengewirkt gegen die Kapitalisten. Wenn wir uns die Regierungsbank ansehen, so finden wir da fast Arm in Arm Brüder, die sich bisher feindselig gegenüber gestanden hatten. (Sehr gut! bei den Komm.) Mit Vergnügen denken wir an die Debatten zurück, als der frühere Minister Sebering loszog gegen den Kapplisten von Campe, gegen den Kapplisten von Richter, gegen die Monarchisten in der Volkspartei. (Sehr gut! bei den Komm.) Wenn zwischen ihnen eine Einigung zustande gekommen ist, so ist sie nur dadurch möglich, daß nicht die Rechtssozialisten ihr Programm und ihre republikanischen Anschauungen durchsetzen, sondern daß umgekehrt die Kapplisten und Monarchisten die Republikaner noch weiter zum Nachteil der Arbeiter hinausdrängen werden.

Wenn in dem Programm der Regierung davon gesprochen wird, daß die Nachwirkungen des Friedensvertrages von Versailles zu den größten Beschränkungen für unsere Staatsgenossen führen würden, so fragen wir die Regierung: wie denkt sie über die Heranziehung des Volkes, die sie in ihrem Programm anspricht? Wollen die Rechtssozialisten genau wie im Reich ihre Lösung der Goldwertfasserung fallen lassen zugunsten der Stinnespartei? Mit welchen Steuern denkt die neue Regierung das Defizit des Staatshaushalts zu decken, und die unabwiesbaren Bedürfnisse befriedigen zu können? Von den Rechtssozialisten wird sehr wenig oder fast gar nicht mehr von der Goldwertfasserung gesprochen. Wir haben ein dringendes Interesse daran, daß diese Forderung, die Konfiskation des Vermögens der Besitzenden erfüllt wird. Wenn zum Schluß in der Regierungserklärung gesprochen wird von einer Arbeitergemeinschaft der vier Parteien, so fragen wir: wie kann die rechtssozialistische Partei sich mit einer kapitalistischen Partei zu einer Regierung zusammenschließen, wo die Arbeiterchaft erst gestern in Berlin wieder für die Einheitsfront der Arbeiterchaft gegen die Bourgeoisie demonstriert hat. Das, was vor kurzer Zeit Scheidemann gesagt hat, das sagen auch wir: Der Fuchs als Schlicher des Hühnerhofes, das ist die Deutsche Volkspartei als Mitglied der demokratischen Regierung.

Als der Beschluß von Görlich bekannt wurde, haben die Mitglieder der SPD. überall in ihren Versammlungen das entscheidende Nein gesagt, und hier in Berlin ist mit Zweidrittel- oder gar Dreiviertelmehrheit beschlossen worden, dem Beschluß von Görlich nicht zuzustimmen. Diese Durchführung der Stinnes-Koalition im Gegensatz zu dem Willen der Mitglieder der SPD. ist ein Beweis, daß die rechtssozialistische Führung den Willen ihrer Mitglieder nicht achtet.

Die Forderungen der Arbeiter.

Wenn unsere Fraktion die Befämpfung der Leuerung und des Wuchers, Einschränkung von Erfassung- und Verteilungsstellen aus Vertretern der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenorganisationen gefordert hat, so ist das eine Forderung, die auch von den beiden anderen Arbeiterparteien erhoben wird. (Sehr richtig! bei den Komm.) Wenn wir Befestigung des Wohnungselends und Beschaffung der großen Wohnungen verlangen, so ist auch das eine Forderung, auf die sich die Arbeiter aller Parteien ohne Unterschied vereinigen. Wenn wir ausreichende Erwerbslofenunterstützung, starke Staffellung aller preussischen Steuern, schärfste Einwirkung auf das Reich zur Erfassung der Goldwerte verlangen, wenn wir weiter die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen, die Reinigung der Verwaltung, Justiz und Saupolizei und die sofortige Freilassung aller verurteilten und eingekerkerten revolutionären Arbeiter verlangen, so sind das alles Forderungen, denen die gesamte politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft zustimmt. (Zustimmung b. d. Komm.) Aber die Parteien der Rechtssozialisten und auch der Unabhängigen haben den Kampf um diese Forderungen nicht gewollt: deshalb haben sie sich im Reich und jetzt in Preußen mit der Stinnes-Partei zusammengetan oder unterstützt, wie die Unabhängige Partei, ein bürgerliches Kabinett Wirth im Reich. Alle Versuche, die Arbeiterchaft vom Kampfe abzuhalten, werden nichts helfen. In Ihren eigenen Reihen, meine Herren von der rechtssozialistischen Partei, können Sie nur noch dadurch die Opposition zum Stillschweigen bringen, daß Sie den Arbeitern erklären: Das ist der letzte Versuch, wenn wir mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen; sollte dieser Versuch scheitern, so sind wir zum Bürgerkrieg gezwungen, so wird die gesamte Arbeiterchaft sich zusammenschließen müssen. Wenn Sie

Feinschmecker



rauchen nach wie vor
SALEM ALEKUM GOLD
ZIGARETTEN

Nk 40rot 50grin 60orange 80gold
40 50 60 80PE
Cavalier 80PE Cabinet Mk.125

gen Mangel mußte das Feinschmecken heute und bleiben.

sich nicht völlig ins Schlepptau des Herrn Stinnes und der bürgerlichen Parteien begeben, dann muß dieser Versuch scheitern: wenn Sie einst mit uns gespoit haben über den blauschwarzen Bloß und die Paarung von Hanichen und Karpien - diese Paarung zwischen bürgerlichen Parteien war noch verständlich. Aber wie soll es für die Arbeiterschaft verständlich sein, wenn die Ehe zwischen den Freunden und Anhängern von Stinnes und der Arbeiterpartei geschlossen wird?

Die rechtssozialistische Partei wird an diesem Bündnis mit der Deutschen Volkspartei zerbrechen. Entweder wird sie ganz der Deutschen Volkspartei und den bürgerlichen Parteien folgen, und dann werden die Massen der Arbeiterschaft sich von ihr lösen, oder die rechtssozialistische Partei wird zusammen mit den anderen Arbeiterparteien die Einheitsfront gegen das Unternehmertum bilden müssen, und dann wird die Ehe zwischen der Deutschen Volkspartei und den Rechtssozialisten gelöst werden.

Das Experiment der SPD. wird die letzten Arbeiter darüber aufklären, daß es in dem Rahmen der bürgerlichen Demokratie auf dem Boden des Parlamentarismus nicht möglich ist, die Interessen der Arbeiterschaft vollkommen sicherzustellen. Wir hoffen, daß die 41 innerhalb der rechtssozialistischen Fraktion sich dem Votum der 46 nicht willig fügen, sondern mit uns, mit den Kommunisten, mit den Unabhängigen, Kritik üben an den Taten der neuen Regierung und dazu beitragen, die geschlossene Front der Arbeiterschaft herzustellen gegen jede bürgerliche Regierung. (Beifall bei den Komm.)

Die Aussprache wird vertagt. Verschiedene Vorlagen und Entwürfe werden an die Ausschüsse verwiesen. Genosse Meyer fordert, verschiedene seit Monaten vorliegende Anfragen zu beantworten. Er stellt fest, daß der Präsident Leinert die Anfrage wegen der Auslieferung der angeblichen Mörder Duros an Spanien noch nicht hat drucken lassen, da er an dem Ausdruck "spanische barbarische Justiz" Anstoß nimmt, und protestiert gegen die ungeschickliche Zensur, die der Präsident ausübt. Gegen die Kommunisten und Unabhängigen wird dann beschlossen, die Verantwortung der Anfragen nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung.

Arbeiter loszuwerden, ging aus einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß hervor. Dort hatten fünf Arbeiter gegen ihre Entlassung Berufung eingelegt. Vor dem Schlichtungsausschuß wurde festgestellt, daß Arbeitsmangel nicht der Grund der Entlassung war. Der Betriebsratsvorsitzende Härtel und das Mitglied des Betriebsrates, Abel, erklärten, daß die fünf Arbeiter sich durch ihre Kritik an der Betriebsleitung und dem Betriebsrat „unbeliebt“ gemacht hätten. Der Vertreter der Betriebsleitung hatte es gar nicht nötig, die Entlassung zu verteidigen. Dies wurde von den beiden Betriebsräten, die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes sind, zur Genüge getan. Diese beiden „Kollegen“ konnten die Kritik von Kommunisten nicht vertragen, deshalb mußten sie raus. Bescheidend ist, daß die Vertreter der Organisationen ebenfalls nicht ernsthaft gegen diese Maßregelung protestierten. Das einzige was sie taten war, daß sie befürworteten, den Entlassenen mindestens den Lohn für ein Vierteljahr zu bezahlen.

Der Schlichtungsausschuß erklärte dann auch, daß er keinen Grund habe, nachdem sich die Betriebsräte nicht gegen die Entlassung ausgesprochen hätte, gegen die Entlassung zu entscheiden. Er empfahl dem Magistrat, den Entlassenen den Lohn für ein Vierteljahr zu bezahlen. Der arme Breslauer Magistrat. Durch die Schuld sozialdemokratischer Betriebsräte wird sein Geldmangel nicht behoben, sondern vergrößert. Die schmierigen, schleimigen, freigeberischen und politisch bei der SPD organisierten Betriebsräte aber ahmen die Praktiken der kapitalistischen Scharfmacher nach und setzen unbedenkenlos Arbeiter, die als Kommunisten nur ihre Pflicht taten, auf die Strafe.

Die Gewerkschaftsvertreter aber finden nicht den Mut, gegen diese Gemeinheiten Front zu machen. Die Betriebsräte bei der Strakenbahn tragen jedenfalls nicht dazu bei, die von der SPD. und den Gewerkschaften gepredigte Einheitsfront aller Arbeiter herzustellen. Die Notwendigkeit, daß die Kommunisten in ihren Gewerkschaften nach dem Rechten sehen, daß insbesondere die Kollegen in den häßlichen Betrieben die elenden Lohnverhältnisse zu bessern versuchen trotz alledem, liegt klar auf der Hand.

Butter sind von 10 Mark auf 38 bis 40 Mark für das Pfund gestiegen. Schuhe, Kleider und Wäsche können sich die Arbeiter überhaupt nicht mehr kaufen. Die Regierung sieht diesem Treiben tatenlos zu. Es werden wohl zur Beruhigung der Gemüter einige Schieber verurteilt, aber das System bleibt. Anstatt die Hilfe der Arbeiterschaft aufzurufen, in den Betrieben, in denen die Bedarfsgegenstände der breiten Massen hergestellt werden, eine scharfe Kontrolle durchzuführen, anstatt die Verteilung zu angemessenen Preisen in den Konsumbereichen vorzunehmen, rüffel diese Regierung ihre Schupo, um den hungernden Arbeitern blaue Bohnen in die Gedärme zu jagen.

Die Sozialdemokraten, die die hohe Ehre genießen, in dem Verwaltungsapparat der eberitischen Schieberrepublik eine Rolle zu spielen, wollen natürlich diesem Bestreben nicht entgegenstehen. Im Gegenteil, sie sichern sich möglichst schon rechtzeitig.

Der sozialdemokratische Landrat Schütz in Waldenburg fühlt sich anscheinend nicht wohl unter dem Schutze der neuen Hundertschaft Schupo, die nach dem Bergarbeiterstreik für dauernd das Waldenburger Revier besetzten. Deshalb wurde am Mittwoch eine weitere Hundertschaft nach dem Kohlenrevier transportiert. Die Bergarbeiter, die Porzellan- und Textilarbeiter werden unruhig. Zur Beruhigung sendet man ihnen Breslauer Schupo. Die scheinen den hohen Herren zuverlässiger zu sein, als die gegen den Stahlhelmdrill rebellierenden Schweißnitzer Schupobeamten.

Die Arbeiter aber mögen erkennen, wie notwendig gerade jetzt ein einiges und geschlossenes Handeln gegen Wucher und Lebensmittelnot, für die Besteuerung der Schwerte ist. Nicht indem man einige Schaufenster einschlägt und sich eine Wurst und ein Paar Schuhe muaßt, sondern indem man kämpft gegen dieses verfaulte, das Proletariat mit in den Abgrund ziehende kapitalistische System und gegen die Regierung der Schieberrepublik.

Breslauer Nachrichten.

Die städtische Straßenbahn mahregelt Kommunisten. Freigewerkschaftliche Betriebsräte helfen dabei.

Im Betrieb der Breslauer städtischen Straßenbahn sollten vor einigen Wochen 22 Arbeiter entlassen werden. Dadurch, daß sich die Arbeiter mit der Entlassung nicht einverstanden erklärten, in den städtischen Betrieben auch kein Arbeitsmangel herrscht, konnten diese Arbeiter, bis auf 5, an anderen Stellen weiterbeschäftigt werden. Daß die Betriebsleitung bei der Entlassung der Arbeiter den Arbeitsmangel bloß vorgegeben hatte, um die ihnen unangenehmen

Aus dem Waldenburger Revier.

Schupoverstärkung im Kohlenrevier. Landrat Schütz hat Angst vor Lebensmittelkrawallen. In ganz Deutschland ist infolge der unerhörten Vorkriegsbesetzungen und des damit zusammenhängenden Hungers der Markt eine große Lebensmittelnot und Preissteigerung eingetreten. Die Preise für Fett, Margarine,

Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Gegenrevolution, über das Treiben der „Selbstschutzzorganisationen“, melde sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Unkosten werden vergütet.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag: Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshagen-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Köpenick 1956 und 1957.

Wegen sofortiger Aufgabe unseres Geschäfts **Vollständiger Ausverkauf** zu sehr billigen Preisen

GEBRÜDER J. BENJAMIN, BRESLAU, Schmiedebrücke 12, 1. Viertel vom Ring

Galanterie, Luxus, Lederwaren, Wirtschaftsartikel, Puppen u. Spielwaren

Spielwaren-Ausstellung

Meine ist eröffnet!

Größte Auswahl
Schnelle Bedienung
Beste Preise

Albert Marcus
Ring 51-52 (S. F. H.) Ring 51-52
Parade und 1. Straße

Pelz-
Colliers, Mützen, Hüte und Besätze

Sport-Pelze
Herren-Pelz-Kragen
Herren-Pelz-Käpfe

Breslauer Pelz- und Hut-Bazar
Neue Graupenstr. 8
Friedr.-Wilh.-Str. 12 (Wachplatz)

Frauen gebrauchen bei Regelmäßigkeiten und Entzündungen m. akuten, besterprobtes u. m. vielen Jahren bewährtes Spezialmittel **Kein Schwandel**, wofür garantiert wird. **Unschädlich.**

Garantie für jeden Monat Geld zurück. Erfolg selbst bei hartnäckigen, bereits hoffnungslos gewordenen Fällen. Zeilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. **Dicht. Versand.** **Jan Gries** Hannover-Linden Kaplanstr. 22

Parteigenossen! Agitiert für die „Schles. Arbeiterztg.“

Wiederverkäufer
kaufen billig u. gut Soden, Hemden, Unterhosen, Trichter, Garne, Zwirne, Karpenter, gute Wolle, Reisschälmaschine etc. bei **E. Lehmann, Breslau, Poppenstr. 7.** Musterlieferung per Nachn. b. 100 M. an. Preisliste gratis.

Gebrauchte Mauser-Pistolen 7,63
kaufen zu höchsten Preisen
Gewehrfabrik **F. W. Vandrey & Co., Hamburg**
Colonnaden

Genossinnen und Genossen! Werbt unermüdlich inserieren für die „Schlesische Arbeiterztg.“

Hingerichtet
find alle Augen auf meine erfindungsbereichen Spezialmittel für **Frauen**, welche bei Regelmäßigkeiten jeden in 2 Stunden geholfen haben. **Garantiert** unerschütterlich. **Seriös** streng diskret unter Rücksichtnahme. **H. Jäger, Köpenick 17**

Max Landsberg
Gräbschener Straße 27
empfehlenswert preiswert

Anzüge
Ulster :: Roglans :: Schilppfer
Joppen :: Hosens :: Konfirmations- und Kinderanzüge
Alle in großer Auswahl

Autogen
Schweiß- und Schneidapparate für Wasserstoff und Acetylen Führungsmaschinen für Schneidbrenner / Acetylen-Entwickler Sauerstoff / Wasserstoff / Carbide

Führend
auf dem Gebiete der autogenen Metallbearbeitung ist die Chemische Fabrik :::

Griesheim-Elektron
Frankfurt am Main

Vertrieber **Hollaender & Berliner**
Breslau 3, Dönhofsplatz 22

Kaufen Sie jetzt, dann sparen Sie Geld!
Ulster, Roglans, Sport-Joppen
bestehen Sie noch nicht? solange der Vorrat reicht, im Herren-Bekleidungs-Bazar **H. Jäger, Köpenick 17**

Abhängig?
bestehen Sie noch nicht? solange der Vorrat reicht, im Herren-Bekleidungs-Bazar **H. Jäger, Köpenick 17**